



*Das Menschenrechtsnetzwerk Nash Dom, zu Deutsch „Unser Haus“, setzt sich ein für die Interessen der belarussischen Bürger\*innen und ist mit rund 20 Gruppen in mittlerweile mehr als 15 Städten und Gemeinden in Belarus aktiv. Das Netzwerk organisiert öffentliche Kampagnen, unterstützt Aktivist\*innen, wenn diese Opfer von staatlicher Repression und Gewalt werden und deckt immer wieder Missstände in der belarussischen Politik auf. Mit diesem in unregelmäßigen Abständen erscheinenden Newsletter informiert Nash Dom auch die deutschsprachige Öffentlichkeit über seine Arbeit.*

**Eine Erfolgsgeschichte: „Nasch dom“ konnte erreichen, dass ein Schulleiter in Pinsk, der seine Schüler\*innen verprügelte, bestraft wurde.**

Einer der schwersten Fälle von Gewalt an Kindern ist die physische Gewalt, das Schlagen, Verprügeln oder sogar die Misshandlung von Kindern durch eine Amtsperson bei der Erfüllung ihrer Dienstpflichten, bzw. im von ihnen ausgeübten Amt. Beispiele sind Beamte\*innen, Milizionärinnen oder Lehrer\*innen. In solchen Fällen ist es sehr schwer, wie wir festgestellt haben, den Erwachsenen, der die Gewalt am Kind ausgeübt hat, zur Verantwortung zu ziehen und zu bestrafen. In der Regel versuchen die anderen staatlichen Strukturen, solche Verbrechen zu decken. Schlimmer noch, schon bei dem Versuch der Eltern, die schuldige Person anzuzeigen, sehen die Eltern sich zusätzlicher Gewalt, Drohungen und Repressalien verschiedener Art ausgesetzt. Nicht selten beginnt die Amtsperson, die ein Kind geschlagen und misshandelt hat, ihr Opfer zu diffamieren und zu hetzen.

Bedauerlicherweise kommt es in Belarus nicht selten vor, dass ein Amtsträger oder ein Milizionär ein Kind verprügelt. Das führt dazu, dass solche Vergehen als straflos gelten, und die Bereitschaft wächst, Kinder in jeder Situation zu verprügeln. Zum Beispiel, wenn ein Polizist oder ein Amtsträger schlecht gelaunt oder einfach besoffen ist, was auch leider sehr oft passiert. Ganz selten dagegen gelingt es, den Amtsträger oder Milizionär bestrafen zu lassen.

Dass Kinder durch ihre Lehrer\*innen und Schulleiter\*innen geschlagen werden, ist für Belarus typisch. Was nicht typisch ist, ist, dass in diesem Fall, den wir hier beschreiben wollen, sich die Eltern mit der Verprügelung ihrer Kinder durch den Schulleiter nicht abgefunden haben. Stattdessen haben sie zusammen mit unserem Menschenrechtler **Ruslan Gusejnow** erreicht, dass der Schulleiter, der die Kinder verprügelt hat, bestraft wird.

Alle Fotos wurden uns von den Müttern der betroffenen Kinder bereitgestellt und werden mit ihrem Einverständnis hier veröffentlicht.



Michail T, 11 Jahre, krebskrank



Bogdan S., 13 Jahre



Denis S., 15 Jahre (mit der Mutter)

### **Die Fallbeschreibung:**

In der Stadt Pinsk beschlossen die drei Schüler Michail T. (11), Denis S. (15) und Bogdan S. (13), ein Video über ihre Fahrten mit dem Roller für ihren YouTube -Kanal aufzunehmen. Eines der Kinder, Michail T., ist behindert und an Krebs erkrankt. Die Kinder machten ihre Videoaufnahmen direkt vor dem Eingang der Schule. Der Putzfrau hat es nicht gefallen und sie beklagte sich bei dem Schulleiter Fjodor R., der zu diesem Zeitpunkt zusammen mit anderen Schullehrer\*innen in seinem Zimmer Alkohol konsumierte. Nachdem der Schulleiter die Mitteilung der Putzfrau über die Rollerfahrten der Kinder vor dem Schuleingang gehört hatte, stürzte er empört aus seinem Büro und lief zum Eingang. Er packte zwei Kinder an den Köpfen, stieß sie zusammen und begann sie zu schlagen. Dabei fluchte er unflätig und obszön.

Bei einem Kind bildete sich auf der Stirn sofort eine große Beule, bei dem anderen begannen die Zähne zu wackeln und die zerschlagene Lippe stark zu bluten.

Doch damit war es für den Direktor nicht genug. In Rage zerrte er die beiden an den Köpfen ins Foyer der Schule, zwang sie, vor ihm niederzuknien und um Entschuldigung zu bitten, drohte ihnen und erniedrigte sie.

Dann hat er den älteren Schüler, der mit seinem Blut den Fußboden im Foyer beschmiert hatte, nach Hause geschickt. Den Kleineren, den behinderten krebskranken Michail T., zerrte er mit Gewalt in sein Kabinett und setzte seine Misshandlung des kranken Jungen fort. In dieser Zeit kam der 16-jährige ältere Bruder des Kindes, Dworanowitsch A., auch Schüler dieser Schule, angelaufen und versuchte, den Bruder aus den Händen des tobenden Schulleiters zu befreien. Der Direktor packte ihn und zerrte auch ihn ins Lehrerzimmer, wo er die beiden weiter schlug. Die ermutigenden Rufe der Lehrer\*innen wie „Hop-Hop!“ „Aha!“ begleiteten diesen Prozess. Alles das wurde von dem Freund der Betroffenen auf der Kamera festgehalten. (Wissen Sie noch? Die Kinder wollten doch Videoaufnahmen für ihren YouTube Kanal machen).

Ungefähr in dieser Zeit kam die aufgeregte Mutter der Kinder auch angelaufen, die von den Schülern angerufen worden war. Sie hatten ihr mitgeteilt, dass der Schulleiter ihre beiden Söhne zusammenschlug.

Der Schulleiter begann auch sie zu prügeln und blockierte den Ausgang aus dem Zimmer, um alle dort festzuhalten. Fünf Pädagog\*innen, die in dieser Zeit auch dort anwesend waren, beobachteten die Szene. Keiner mischte sich ein.

Zum Glück schaffte die Mutter es, die Nothilfe anzurufen, denn der krebskranke Sohn beklagte sich über Schwindel und Übelkeit. Als der Notdienstwagen kam, hatte sie sich aus den Händen des Gewalttäters losreißen können und wurde zusammen mit den Kindern in die Klinik gebracht.

Die Mütter von zwei der misshandelten Kinder haben sich an die Miliz gewandt mit der Aufforderung, ein Gerichtsverfahren gegen den Schulleiter einzuleiten, der ihre Kinder zusammengeschlagen hatte. Die Miliz bremste die ganze Sache aus, qualifizierte das Geschehene als ein administratives Vergehen, eine Ordnungswidrigkeit. Gleichzeitig begann der Druck auf die Familien. Verschiedene staatliche Organe versuchten die Situation ungeschehen zu machen. Als Druckmittel wurde ein anonymes Brief an die Polizei verwendet, in dem behauptet wurde, dass der Junge, der das Foyer mit seinem Blut beschmiert hat, ein Mädchen vergewaltigt habe. Nun war es das Kind, das von einem Gerichtsverfahren bedroht wurde. Natürlich wurden die Fakten aus dem anonymen Brief nicht bestätigt, aber das Ganze hatte auf die Familie einen enormen psychologischen Druck ausgeübt.

## **Die Chronik des Gerichtsverfahrens**

**5.12.2018:** Der erste Verhandlungstag in Sachen des Direktors der Schule Nummer 18 in der Stadt Pinsk fand am 5. Dezember 2018 statt. Der Angeklagte wurde der Körperverletzungen an seinen Schülern, die keine schwerwiegenden Gesundheitsfolgen hervorgerufen hatten (Artikel 9-1, Teil 1 des Verwaltungsgesetzes) beschuldigt. Während des gesamten Verfahrens demonstrierte der Richter ein negatives Verhalten den Kindern gegenüber, war forsch und grob, verwirrte sie, ließ die Mütter und die Rechtsanwälte nicht zu Wort kommen. Der Schulleiter verlangte von den Kindern, sich mit ihm zu versöhnen, als ginge es um einen Streit und nicht darum, dass ein Beamter die Kinder während der Ausübung seiner Amtsfunktion verprügelt hatte, kurzum um eine kriminelle Handlung.

Aus der Akte des Falls sind im Gericht an dem Tag wichtige Papiere verschwunden, obwohl alle Blätter der Reihenfolge nach durchnummeriert waren. Der Richter konnte nicht erklären, wie es möglich war, dass aus seinem Arbeitszimmer (Büro) die Beweise für die Schuld des Angeklagten verschwinden konnten.

Die Mütter begaben sich daraufhin in Begleitung des Menschenrechtlers in die Klinik, um erneut die Papiere in Kopie - die Beweise von den dort registrierten Verletzungen ihrer Kinder - zu bekommen. Die Ärzte weigerten sich, die Kopien auszustellen, der leitende Arzt versuchte sich zu verstecken. Er erklärte seine Angst, dass er unter Druck stehe, dass man ihn holen werde, versuchte, ihnen die Papiere aus der Hand zu reißen und verhinderte, dass die Mütter Fotos von den vorhandenen Eintragungen machten.

Dann führen die Mütter zusammen mit dem Menschenrechtler auch ins zentrale Krankenhaus von Pinsk. Dort stellen sie einen Antrag auf Herausgabe der Kopien der Untersuchungsprotokolle der Kinder in der Notaufnahme mit der Beurteilung des Traumatologen über den Zustand der Kinder.



Menschenrechtler der Organisation "Nasch dom" Ruslan Gusejnow mit den Müttern der geschlagenen Kinder

**10.12.2018:** Ärzte fälschten die Kopien der Dokumente, die sie herausgeben mussten. Dies konnte durch die Fehler belegt werden: z. B. wenn in den Beschreibungen derselben Hand manchmal von der linken, manchmal von der rechten die Rede war.

**11.12.2018:** Die Mütter führen zusammen mit dem Menschenrechtler ins Gericht, um Akteneinsicht zu bekommen, was ihnen nach dem belarussischen Recht zusteht. Die Gerichtsssekretärin versuchte es zu verhindern. Nach heftiger Auseinandersetzung gelang es ihnen doch, Fotokopien der Akte zu machen. Dabei stellten sie fest, dass aus der Akte einige wichtige Dokumente, die die Schuld des Schulleiters bewiesen, verschwunden waren.

**20.12.2018:** Die Mütter wandten sich zusammen mit dem Menschenrechtler an die Staatsanwaltschaft und an die Stadtabteilung des Innenministeriums wegen des Verschwindens der Beweisdokumente aus der Akte.

Die Staatsanwaltschaft musste eingestehen, dass ihr schon ein anonymer Brief von den Pädagog\*innen dieser Schule vorliege. Im Brief beschwerten sich die Lehrer\*innen, dass der Schulleiter die Schüler\*innen in der Schule regelmäßig verprügele. Deshalb sei die Staatsanwaltschaft gezwungen, eine Inspektion durchzuführen.

**21.12.2018:** Der Gerichtsprozess sollte fortgesetzt werden. Aber der Richter ließ sich krankschreiben und kam nicht.

**22.12.2018:** Plötzlich „erkrankte“ auch der Experte. Aber der Gerichtsprozess ging trotzdem weiter, weil die Putzfrau verhört werden konnte.

**26.12.2018:** Am dritten Verhandlungstag sah sich der Richter die Videoaufnahmen des Vorfalls an, wo der Schulleiter die Kinder schlug.

**27.12.2018:** Am letzten Gerichtstag fällt der Richter das Urteil: Der Schulleiter wurde zu einer Strafe in Höhe von umgerechnet rund 185 Euro verurteilt.

Zum Vergleich: Die Aktivistin, die in Minsk wegen der Sammlung von Unterschriften für die Durchführung von Unterrichts in der Staatssprache - in Belarussisch – verurteilt wurde, musste im März 2018 500 Euro bezahlen.

Der Schulleiter gab freiwillig seinen Dienst in der Schule auf.

### **Anmerkung**

Seit zwei Monaten (seit Ende 2018) versuchen die Mütter und der Menschenrechtler, ein Strafverfahren gegen den Schulleiter für die von ihm ausgeübte Gewalt an den Kindern - für das Prügeln - einleiten zu lassen. Wir werden Sie über die weiteren Ergebnisse informieren.